

## BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 311080/2-II/7/94 (25x)

11/SN-358/ME  
DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Entwurf einer Novelle des Opferfürsorgegesetzes;  
Durchführung des Begutachtungsverfahrens  
do. Note vom 30.8.1994, Zl. 46.000/16-5/94

Dringend  
Sachbearbeiter:  
Kär. Mag. GAUSS  
Telefon:  
51-433/1826 DW

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
1010 Wien

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. 31	-GE/19 94
Datum: 21. NOV. 1994	
Verteilt 25.11.94	

*St. Kojak*

Im Sinne der Entschließung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe, beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen beiliegend seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten und mit Note vom 30. August 1994, do. Zl. 46.000/16-5/94, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Opferfürsorgegesetz geändert wird, zu übermitteln.

Anlagen: 25 Kopien

17. November 1994  
Für den Bundesminister:  
Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*Kath*

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**

GZ. 311080/2-II/7/94

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Entwurf einer Novelle des Opferfürsorgegesetzes;  
Durchführung des Begutachtungsverfahrens  
do. Note vom 30.8.1994, Zl. 46.000/16-5/94

Sachbearbeiter:  
Koär. Mag. GAUSS  
Telefon:  
51 433/1826 DW

An das  
Bundesministerium für Arbeit und Soziales  
Stubenring 1  
1010 Wien

Zu dem mit Note vom 30. August 1994, Zl. 46.000/16-5/94 übermittelten Entwurf einer Novelle zum Opferfürsorgegesetz teilt das Bundesministerium für Finanzen folgendes mit:

Ogleich vom BMAS auf die in Relation zum gesamten Sozialbereich gegebene Geringfügigkeit der damit verbundenen Aufwendungen hingewiesen wird und i.k.W. mitgeteilt wird, daß eine parallele Situation im Bereich der Kriegsoffer ausgeschlossen ist, weist das Bundesministerium für Finanzen darauf hin, daß - auch wenn es sich im Gegenstande um einen sehr sensiblen Personenkreis handelt - grundsätzlich kein Bereich und keine Bevölkerungsgruppe von den Bemühungen um eine Sanierung des Staatshaushaltes grundsätzlich von vorne herein ausgeschlossen sein sollte, weswegen der Vorschlag ergeht, das Vorhaben in einem großen Zusammenhang bei den Verhandlungen zum Bundesvoranschlag 1995 auf Ministerebene zur Diskussion zu stellen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidenten des Nationalrates zugeleitet.

17. November 1994

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

